

Wirtschaftskammer Bgld.

24. April 2023

SWV

Sozialdemokratischer
Wirtschaftsverband
Burgenland

eingelangt 24/4/23
DM

ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Burgenland
am 17.05.2023

Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation und Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität

Angesichts der aktuellen Inflationsrate in Österreich von 8,2 Prozent, im Vergleich zur Eurozone mit 5,6 Prozent, sieht sich der Wirtschaftsverband in der Pflicht, Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation und zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität in unserem Land einzufordern. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung sind großteils ungeeignet die Inflation einzubremsen. (Einmal-)Zuschüsse lassen keine Preise sinken.

Bekämpfung der Teuerung statt Bekämpfung der Folgen

Wir fordern, dass der Fokus auf die Bekämpfung der Inflation und ihrer Ursachen gerichtet wird, statt lediglich ihre Auswirkungen abzumildern. Dies beinhaltet eine gezielte Auseinandersetzung mit den Hauptursachen der Inflation, wie den Energiepreisen und den daraus resultierenden indexierten Mieterhöhungen.

Zielgenauigkeit statt Gießkanne

Zahlungen und Unterstützungsmaßnahmen sollten zielgerichtet an die wirklich bedürftigen Unternehmer:innen gehen, mit besonderem Augenmerk auf soziale Treffsicherheit. Ebenso wichtig ist, dass Unternehmen mit hohen Gewinnen NICHT von Energiebeihilfen profitieren und Überförderungen vermieden werden, um die Inflation nicht weiter zu verschärfen und um keine unnötigen Schulden zu produzieren.

Intelligente Eingriffe bei den Energiepreisen

Wir empfehlen gezielte Eingriffe in die Energiepreise, zum Beispiel durch Subventionierung des Grenzpreises für das letzte Gaskraftwerk. Außerdem sind Netzkosten ein bedeutender Inflationstreiber, sodass wir uns nicht scheuen sollten, in die Merit Order einzugreifen. Der Markt hat hier offensichtlich versagt, die regulierende öffentliche Hand ist hier dringend gefordert. Der Großteil der Wirtschaft und die öffentliche Hand finanzieren die Übergewinne der Krisengewinner,

Eingriffe in die administrativen Preise

Da die meisten administrativen Preise (Abgaben, Gebühren, Öffi-Preise, etc.) von der öffentlichen Hand festgelegt und indexiert sind, hat der Staat hier einen großen Hebel zur Bekämpfung der Inflation. Wir fordern, dass Erhöhungen dieser Preise so gering wie möglich gehalten und Preissteigerungen unter der Kerninflation liegen, um die Inflation nicht weiter anzuhetzen.

Index

Die Verwendung der Inflation als Index bei extrem volatilen Energiepreisen ist sachlich nicht gerechtfertigt. Wir fordern eine Überprüfung dieser Praxis, um Marktversagen bei den Energiepreisen von anderen Preisen abzuschotten und nicht auf indexangepasste Preise durchschlagen zu lassen.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Burgenland (SWV) stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer setzt sich bei der Bundesregierung (ggf. auch an die Landesregierung) ein, um folgendes zu erreichen:

- 1) Bekämpfung der Inflation und ihrer Ursachen statt nur der Folgen
- 2) Gezielte Auseinandersetzung mit Hauptursachen der Inflation, wie Mieten und Energiepreisen
 - a) Intelligente Eingriffe in die Energiepreise, z.B. Subventionierung des Grenzpreises für das letzte Gaskraftwerk
 - b) Abschaffung des Merit-Order-Prinzips
 - c) Begrenzung von Preissteigerungen bei administrativen Preisen
 - d) Abschottung von Marktversagen bei Energiepreisen von anderen Preisen
- 3) Vermeidung von Subventionen an Unternehmen mit hohen Gewinnen und Überförderungen. Stattdessen gezielte Unterstützung von betroffenen EPU und KMUs



Bmst. Ing. Gerald Schwentenwein
SWV-Burgenland Präsident